

Breitet wöchentlich zweifach mit Illust. Sportblatt. Illust. Gratis-Zeitschriften: „Der Welt-Spiegel“, „Kunstspiegel“, „Technische Rundschau“, „Illustrierte Film-Zeitung“, „Photo-Spiegel“, „Ull“, „Haus Hof Garten“, „Jede Woche Musik“, Bezugspreis: wöchentlich 1,20 monatlich 3,60 einjährig Zustellung durch die Botenfr. im voraus zahlbar, durch die Post 3,60 monatlich inkl. Zustellung. Ausland-Bezüge durch die Hauptexpedition und die Postanstalten in Österreich, Tschechoslowakei, Ungarn, der Schweiz, Belgien, Frankreich, Italien, Luxemburg, Holland, Dänemark, Schweden, Norwegen, Finnland, Lettland, Litauen, Estland; für alle übrigen Staaten ist der Bezug nur mit Kreuzband durch die Expedition auf Nachlieferung oder Erstattung des entspr. Entgelts. In Berlin abonniert man bei der Haupt-Expedition S.W. 19, Jerusalem Str. 46-49 und den nebensteh. aufgeführten Filialen. (Fernspr.: Dönhof 340-342, für d. Fernverkehr 607-620). Tel.-Adr.: „Berliner“, Berlin-Rudolf-Mosse-Coll.-Postfachkonto, Berlin Nr. 524. Anzeigerpreis: Die 1. Spalte, Zeile 1,30 2. Spalte, Zeile 1,20. Die Aufnahme von Anzeigen an bestimmten Tagen, in bestimmte Ausgaben oder an bestimmte Stellen wird nicht gewährleistet. Chefredakteur Theodor Wolff in Berlin.



Inserten- und Abonnements-Annahme in Berlin: Hauptexpedition S.W. 19, Jerusalem Strasse 46-49. Filialen: Badstr. 61; Büchenerstr. 69; Fennstr. 1; Fildistr. 9; Frankl Allee 298 u. 308; Großwälder Str. 107; Gr. Frankl Str. 82; Kochhausstr. 9; Kottb. 19; Köpenicker Str. 87-88; Moritzplatz; Müllerstr. 135; Potsdamer Str. 33; Rathenower Str. 3; Rheinsberger Str. 7; Rosenbäcker Strasse 46; Schiffbauerdamm 4; Schönhauser Allee 144; Tarnstr. 61; Wilmstr. 1-4; Zimmerstr. 99; Charlottenburg: Kaiserdamm 20; Kanstr. 34; Nauenberger Str. 35/36; Scharenstr. 39; Tauentzienstr. 2; Copenick: Schlossstr. 1; Friedenau: Rheinstr. 19; Halensee-Grünwald: Heerstrassenplatz; Lichtenberg: Frankfurter Allee 241; Lichtenfelde-West: Carstr. 12; Neukölln: Berliner Str. 41; Hermannstr. 60/64; Kaiser-Friedrich-Str. 34; Niederschönhausen: Brückenstr. 22; Pankow: Bornholmer Str. 1; Schmargendorf: Breite Str. 4; Schöneberg: Hauptstr. 52/54; Martin-Luther-Str. 9; Spandau: Brode Str. 47; Steglitz: Schlossstr. 32; Tegeln: Berliner Str. 12; Tempelhof: Berliner Str. 147; Treptow: Grätzstrasse 61; Weissensee: Dattiner Allee 247 (Antonplatz); Wilmersdorf: Kaiserplatz 13; Uhlendorfer Str. 6; in der Provinz: Brandenburg a. d. Havel: Hauptstr. 4; Breslau: Schwandritzer Str. 3; Frankfurt a. d. Oder: Regierungstr. 4a; Potsdam: Brandenburger Str. 23; Stettin: Mouchenstr. 31. Druck und Verlag: Rudolf Mosse in Berlin.

Berliner Tageblatt

Nr. 511
Ausgabe für Berlin

und Handels-Zeitung

57. Jahrgang
Sonntag, 28. Oktober 1923

Fahrt ins Elend.

Im Waldenburger Hungerland.

Von unserem Sonderkorrespondenten
C. Z. Klätzel.

czk. WALDENBURG i. Schles., Ende Oktober.

Am Bahnhof Altwasser, wo man auf die Elektrische nach Waldenburg wartet, klebte an einem Strassenbahnmast ein gelber Zettel. Extrablatt einer Waldenburger Zeitung: Das Reichsarbeitsministerium habe den Schiedsspruch für verbindlich erklärt, der Streik sei aus, die Fröhschicht werde wieder in die Gruben einfahren ...

Von Altwasser nach Waldenburg fährt man zwanzig Minuten lang durch mehrere Bergarbeiterdörfer; aber der Fremde merkt das nicht, für ihn ist es eine einzige Strasse, unterbrochen von Schachtanlagen und Eisenbahngleisen. Es ist der letzte Abend eines vierzehntägigen Streiks, der Abend des Tages, an dem die Niederlage der Arbeiterschaft besiegelt worden ist. Sie haben vierzehn Tage nichts verdient, um statt 30 Mark 34,50 Mark in der Woche zu bekommen. Sie haben ihre ersparten Pfennige aufgegessen und müssen nun noch mindestens eine Woche hungern, bis zum nächsten Lohntag. Man wollte ihnen zumuten, drei Schichten umsonst zu fahren, als „Strafe“ dafür, dass sie gestreikt haben. Mit seltener Einmütigkeit gestreikt: Freie Gewerkschaften, Christliche, Hirsch-Dunkerche haben den Beschluss einstimmig gefasst. Jetzt ist es aus ...

Anderswo würden die Arbeiter an solchem Abend auf die Strasse gehen und in die Kneipen. Aber diese finsternen Strassen sind leer, nirgends grölzt der Fusel aus verblödeten Hirnen. Die niederschlesischen Kumpels sitzen in ihren Wohnungen und schmierern die schweren Bergstiefel. Die Fröhschicht fährt wieder ein ...

Man hat mir auf dem Rathaus in Waldenburg ein braunes Heft in die Hand gedrückt, eine Art Elends-Baedeker für das niederschlesische Kohlenrevier. Darin finde ich eine graphische Darstellung über den „Kleinwohnungsbestand der Gemeinden Gross-Waldenburgs im Vergleich mit einigen deutschen Städten“. In Bremen gibt es unter hundert Wohnungen nur 2,8, die aus einem einzigen Raum bestehen, und Bremen ist immerhin eine Hafenstadt mit starker Arbeiterbevölkerung. In Bochum, mitten im westfälischen Industrierevier, sind es gar nur 2,6 Prozent. Und nun kommen die Zahlen für Waldenburg und die umliegenden Bergarbeiterdörfer:

Weissstein	44 Prozent
Niederhermsdorf	47 Prozent
Ober-Waldenburg	48 Prozent
Seitendorf	50 Prozent

Gross-Waldenburg hat, trotzdem die Stadt selbst mit verhältnismässig grosser Beamtenschaft gehört und ein so „bürgerlicher“ Ort wie das hübsche Bad Salzbrunn, 35,5 Prozent Wohnungen, die nur aus einem einzigen Raum bestehen.

Aber die Zahlen allein sagen gar nichts. Man muss diese „Wohnungen“ gesehen haben.

Ich bin einen ganzen Tag mit einem der Wohnungsinspektoren von Haus zu Haus gegangen. Ich habe 60 bis 70 solcher Einzimmerwohnungen gesehen in Waldenburg, Weissstein, Altwasser, Gottesberg, Fellhammer. Ich war in den Notbaracken der Stadt und in ihren Siedlungsbauten, die — ein Tropfen auf einen glühenden Felsen und nicht nur auf einen heissen Stein — zeigen, wie es sein müsste. Und nun soll hier keine Elendslyrik gedichtet werden, sondern an ein paar Beispielen wird gezeigt, wie in Deutschland Menschen leben müssen, die den schwersten, ungesundesten, gefährlichsten Beruf haben.

Das Zimmer ist viereinhalb Meter lang, fünf Meter breit. Es hat ein Fenster auf den Hof hinaus, aber das gegenüberliegende Haus steht so nahe, dass den ganzen Tag Licht brannt werden muss. Die Familie, die hier wohnt, gehört zu den bessergestellten, der Mann ist Heizer

Das Sachverständigenkomitee

Zur Reparationsfrage.

Von HERMANN DIETRICH, Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft.

Man wird denjenigen recht geben müssen, die auf dem Standpunkt stehen, dass es viel zu früh ist, mit Nutzen die Frage zu diskutieren, wie das Reparationsproblem endgültig zu lösen ist. Man wird sich ganz besonders gegen diejenigen zu wenden haben, die heute schon glauben mit bestimmten Rechnungen und Zahlen operieren zu können. Nachdem man in Genf übereingekommen ist, eine Kommission von Experten einzusetzen, welche die Möglichkeit einer vollständigen und endgültigen Lösung der Reparationsfrage untersuchen soll, handelt es sich jetzt nur darum, diese unabhängige Sachverständigenkommission zusammenzubringen, das heisst, unter den beteiligten Mächten eine Verständigung zu erzielen über ihre Zusammensetzung und über ihre Aufgaben. Deutscherseits wird der Nachdruck darauf zu legen sein, dass die Sachverständigen in voller Unabhängigkeit und unbeeinflusst von rein politischen Gesichtspunkten das Schicksalsproblem Deutschlands prüfen. Wenn jetzt schon versucht wird, die Frage, was Deutschland zahlen soll, zu verwickeln mit dem interalliierten Schuldenproblem insofern, als von englischer Seite die Meinung vertreten wurde, England müsse bei der Endlösung soviel herausschlagen, um seinen eigenen Verpflichtungen gegenüber Amerika nachzukommen, von Frankreich aber verlangt wird, dass es nicht nur soviel bekommt, als es selber zur Verzinsung und Abtragung seiner Auslandskriegsschulden benötigt, sondern dass ihm ausserdem noch eine Summe zur teilweisen Deckung seiner eigenen Kriegsschäden verbleiben soll, so entsteht die Gefahr, dass hierdurch an den Lebensnerv des vereinbarten Komitees gegriffen wird. Es geht doch darum, gerade wie bei der Vorbereitung der Dawes-Gesetze, Sachverständige zu finden, die in voller Unabhängigkeit auf Grund eigener Kenntnis und eigenen Urteils dieselbe Frage beantworten, die das Dawes-Komitee beantwortet hat, nämlich: „Was kann Deutschland bezahlen?“ Schon aus dieser Fragestellung ergibt sich, dass die zu lösende Aufgabe in keinem Zusammenhang steht mit der Bereinigung der interalliierten Schulden.

Das Sachverständigenkomitee des Jahres 1924 hat sich dahin ausgesprochen, dass es gelte, zwei verschiedene Fragen, die bisher miteinander vermenget wurden, auseinander zu halten, nämlich: die der Höhe der Einkünfte, welche Deutschland aufbringen und für Reparationskonto zur Verfügung stellen kann, und zweitens die Frage nach der Höhe des Betrages, welcher an das Ausland übertragen werden kann. Letztere Frage hängt untrennbar mit der Wahrung unseres Landes zusammen, denn zur Aufrechterhaltung derselben ist nicht nur das Gleichgewicht unseres Haushalts erforderlich, sondern es dürfen auch die Zahlungen an das Ausland einschliesslich der Reparationszahlungen, auf die Dauer gesehen, nicht grösser sein als die Einkünfte aus dem Ausland. Die damaligen Sachverständigen haben ausdrücklich ausgesprochen: „Anleiheoperationen können diese Sachlage zwar verschleiern, aber ihre praktischen Auswirkungen zeitlich hinaus-

schieben, vermögen sie aber nicht zu ändern. Und, wenn Reparationszahlungen durch die Einstellung eines Postens in den Haushalt aufgebracht werden können und müssen —, so können sie ans Ausland nur aus einem wirtschaftlichen Ueberschuss der Arbeitsleistung des Landes bezahlt werden.“ Vor dieser Aufgabe wird ebenso wie das Dawes-Komitee das kommende Sachverständigenkollegium stehen, und es will mir scheinen, dass von der Beurteilung dieser Frage allein der Inhalt seines Votums bestimmt werden wird. Die Lösung wird um so schwieriger, als das Sicherheitsventil des Transferschutzes, das heisst die Bestimmung des alten Gutachtens, dass Uebertragung der deutschen Reparationszahlungen in fremde Währungen nur erfolgen darf, wenn daraus eine Gefahr für die deutsche Währung nicht entsteht, weggelassen soll. Hier, glaube ich, darf man, ohne irgendwem den kommenden Entscheidungen vorzugreifen, eine sachliche Bemerkung einfügen. Die Tatsache, dass Deutschland in den Jahren 1924 bis heute rund 10 Milliarden Goldmark Kredite im Ausland aufgenommen hat, während es ohne die Mittel aus der Dawes-Anleihe nur 4670 Millionen bis 1. September 1928 an die Entente bezahlt hat, wobei nicht übersehen werden darf, dass der grössere Teil in Sachleistungen erfolgt ist, zeigt, dass die Möglichkeit, mit welcher die Dawes-Sachverständigen gerechnet hatten, dass nämlich durch Anleiheoperationen die wirkliche Sachlage, dass nur aus Ausfuhrüberschüssen letzten Endes bezahlt werden kann, verschleiert wird, in einem ungeahnten Masse eingetreten ist. Man wird ohne Uebertreibung sagen dürfen, dass das wahre Bild der deutschen Zahlungsmöglichkeiten bisher nicht zum Vorschein gekommen ist. Gerade deswegen braucht man wirtschaftliche Sachkenner, die zu beurteilen vermögen, was künftig Deutschland, nachdem es mit jenen Krediten seine Wirtschaft zum Teil wieder aufgebaut hat, und aus diesen Krediten die Reparationsleistungen, soweit sie in Geld erfolgten, bezahlt hat, nunmehr ohne Transferschutz, und ohne seine Währung zu gefährden und ohne in die Gefahr zu kommen, eines Tages für seine Verpflichtungen nicht entstehen zu können, zahlen kann. Mathematisch genau wird sich das nie sagen lassen, und ein gewisses Risiko wird niemand dem deutschen Volke ganz abnehmen. Dieses Risiko wird Deutschland übernehmen können, wenn das einzusetzende Komitee in voller Unabhängigkeit und Selbständigkeit und damit auch in voller Verantwortung feststellt, was seiner Meinung nach nach Lage der deutschen Wirtschaft, insbesondere nach den Exportmöglichkeiten, die nicht wir, sondern die anderen bestimmen, auf Dauer transferiert werden kann.

Ganz abgelehnt muss werden in diesem Stadium der Dinge eine Erörterung darüber, was wir etwa durch Anleihen im Ausland an sofortigen grösseren Zahlungen aufbringen können. Alles, was deutscherseits nach dieser Richtung geredet oder geschrieben wird, ist höchstens geeignet, ein positives Ergebnis zu erschweren.

und verdient 35 Mark in der Woche. Das Zimmer kostet 11 Mark im Monat. Die Leute wohnen jetzt zehn Jahre in diesem Raum, die Familie ist inzwischen angewachsen auf sechs Menschen: Vater, Mutter und vier Kinder im Alter von dreizehn, zehn, vier und einem halben Jahr. Das Zimmer hat folgende Ausstattung: drei Betten, ein zerbrochenes Sofa, ein Tisch, sechs Stühle, ein kleiner Küchenschrank, eine Bank mit Kochtöpfen. Gekocht wird in der Röhre des Stubenofens. Die Wasserleitung befindet sich auf dem Flur, ist für acht Parteien gemeinsam, wie das Klosett.

In dieser Wohnung, wie in fast allen, die ich sah, war es musterhaft ordentlich. Es gab in ihr nicht ein helles, geschweide denn neues Stück, und was man an Betten, an

Kleidung sah, war kaum etwas Besseres als Lumpen. Aber diese Trümmer und Lumpen werden gewaschen, abgestaubt, wieder zusammengefasst. In diesem kleinen, dumpfen, überhitzenden, überheizten Raum wird ein ewiger Kampf geführt gegen die demoralisierenden Folgen des Elends.

Die Frau ist wieder schwanger, sie erzählt mir, dass sie das achtzehnte von zwanzig Kindern war, unter denen es dreimal Zwillinge gab. Eine Schwester von ihr hat zwölf Kinder. Ich frage sie, ob sie denn noch mehr Kinder wolle. Nein, das wolle sie nicht, aber sie kämen doch nun einmal. — Ja, aber das sei doch zu verhüten. — Da antwortet die Frau: „Das ist uns zu teuer, das ist nur für die Besseren, und ausserdem geniert man sich ja so.“ Wahr-